

# Die weltweite Finanzkrise

von Ulrich Brehme

Nach dem Zusammenbruch der Spekulation mit Technologieaktien im Jahr 2000 und dem 11. September 2001 versuchte die US-Notenbank Fed drei Jahre lang die wirtschaftliche Situation mit niedrigen Leitzinsen zu beruhigen. Daraufhin entstand erneut eine Spekulationswelle, aber jetzt mit Immobilien. Nachdem die Zinsen wieder stiegen, hätten die insolventen Hauskredite aufgelöst werden müssen. Aber die faulen Kredite wurden gebündelt und auf dem internationalen Kapitalmarkt weiter verschoben. Diese spekulative Blase wuchs immer weiter und hat inzwischen den Umfang von vielen Billionen US-Dollar erreicht.

Mit staatlichen Krediten kann der Staat die Geldmärkte nur kurzfristig stützen. Er schafft aber mit niedrigen Zinsen auf Dauer neue Spekulationsblasen. Das Grundproblem dieser Finanzkrise lag bereits darin, daß man in den USA weitere 5 Jahre gewartet hat, bis jetzt die ersten Banken pleite sind, statt sofort einzugreifen.

Die Rechte der Notenbanken müssen ausgebaut werden, um die Banken und Ratingagenturen sofort beim Auftreten von Finanzblasen zu einer massiven Wertberichtigung zu zwingen. Fehlbewertete Wertpapiere müssen aus dem Markt genommen werden.

Monetaristische Theorien haben die Ideologie vom „freien unregulierten Markt“ vorangetrieben. Aber ein funktionierender Markt setzt erst einmal Wettbewerb, funktionierende Kontrollmechanismen, Verbraucherschutz und Wirtschaftskompetenz in den Aufsichtsbehörden voraus.

Der massive Betrug mit Derivaten und Hedge Fonds hat zu einem unregulierten Wettbewerb geführt, der Marktversagen begünstigt und die Destabilisierung der Finanzmärkte erst möglich gemacht hat. Gesetze, die die Ausbreitung von Hedge Fonds und Derivatgeschäften begünstigt haben, sollten wieder abgeschafft werden.

Die Verankerung der Durchgriffshaftung ins Privatvermögen von Vorständen, Aufsichtsräten, Aktionären und Gesellschaftern in das Recht der Rechtsformen von Kapitalgesellschaften würde das risikoreiche Verhalten der Manager beenden.

Mit der Einführung einer Tobin-Steuer kann man die spekulative Kapitalflucht bestrafen und der schnellen Ausbreitung von Währungskrisen entgegenwirken. Es ist günstig, die Höhe der Tobin-Steuern durch die Notenbanken festlegen zu lassen. So kann man das sinnlose Durchjagen von Währungen nach dem Ausbrechen einer Krise unrentabel machen.

Zur notwendigen Regulierung der Finanzmärkte gehört auch die Offenlegung und Befragung von Bilanzfälschung und Fehlbewertung von Finanzanlagen. Diese muß strafrechtlich verfolgt werden. Bis jetzt geben die Bilanzen fast aller Banken immer noch nicht den tatsächlichen Umfang der Verluste an. Die offensichtliche Verschleierung der dunklen Geschäfte der Banken über Tochterfirmen muß beendet werden. Die Verluste müssen vollständig in der Bilanz der Banken auftauchen.

Finanzpolitische Transparenz und Kontrolle durch die Notenbanken muß in Zukunft wieder zu einem Hauptelement staatlicher Regulierung im Finanzsektor werden.